



Weiterhin soll der aktuelle Stand der Einstellung einer Koordinierenden Person für die Schulbauten angesprochen werden. Herr Opitz weist auf die bisher an den Schulen stattgefundenen Ausschusssitzungen hin, und bittet eine Wiederaufnahme ebendieser zu diskutieren.

Frau Siebke bittet um Abstimmung und schließt den TOP.

***einstimmig zugestimmt***

### **Zu TOP 3 Bestätigung des Protokolls der Sitzung vom 17.01.2023**

Frau Siebke gibt an, dass ihr und der Verwaltung keine Änderungswünsche zum Protokoll der Sitzung vom 17.01.2023 eingegangen sind und bittet um Abstimmung.

***einstimmig zugestimmt***

### **Zu TOP 4 Ergebnisse der 1. Bildungskonferenz 2022**

Frau Siebke übergibt das Wort an Frau Wollschläger.

Frau Wollschläger stellt anhand einer Präsentation die Ergebnisse der ersten Bildungskonferenz aus dem Jahr 2022 im Rahmen der Förderrichtlinie Bildungskommune vor, welche auch als Bericht auf der Internetseite des Landkreises Oder-Spree einsehbar sind.

Sie gibt einen Ausblick auf den aktuellen Sachstand im Landkreis Oder-Spree.

Sie stellt dar, dass der Landkreis Oder-Spree sich im Jahr 2022 auf das Bundesprogramm „Bildungskommune“ bewarb, und bis zum Jahr 2026 gefördert wird. Dabei werden durch den Bund Personal- und Sachkosten in Höhe von 512.000€ gefördert.

Frau Wollschläger erläutert die Aufteilung des Programmes in drei Module.

Das erste Modul sei der Aufbau, beziehungsweise die Weiterentwicklung eines datenbasierten kommunalen Bildungsmanagements, wobei eine kontinuierliche Datenbasis über mehrere Jahre hinweg erstellt werden soll.

Diese Daten werden zur Erstellung von Bildungsberichten verwendet, wobei der erste Bericht zum Thema der Frühkindlichen Bildung bereits veröffentlicht worden sei. Der zweite Bildungsbericht wird sich dem Thema der schulischen Bildung widmen, wobei die Übergänge zwischen den Bildungsbereichen inkludiert sind. Nach Veröffentlichung der Berichte wird jeweils eine Bildungskonferenz durchgeführt, in welcher ein Austausch mit Fachakteuren zur Thematik stattfindet.

Das zweite Modul beschäftigt sich mit der Etablierung analog digital vernetzter Bildungslandschaften. Dies meint die Erstellung eines einheitlichen Bildungsleitbildes im Landkreis und die Erstellung eines Bildungsportales.

Das dritte Modul sei die Wahl eines thematischen Schwerpunktes. Im Landkreis Oder-Spree fiel die Wahl auf das Thema der Fachkräftesicherung. Hierbei sei die Ausarbeitung eines Handlungskonzeptes angedacht.

Weiterhin stellt Frau Wollschläger anhand Ihrer Präsentation die erste Bildungskonferenz vor. Diese fand mit der Unterstützung von Schülerinnen und Schülern, sowie Lehrpersonal im Beisein von über 80 Fachkräften im Oberstufenzentrum Oder-Spree in Fürstenwalde statt. Themen waren Bildungseinrichtungen, das Bildungspersonal und der Übergang in die Schule. Diskussionsgrundlage waren im Vorfeld eigens erhobenen Daten. Hierbei wurde vor allem mit Blick auf die Bildungseinrichtungen die deutlich ersichtliche Diskrepanz zwischen dem Auftrag der Kita und den Anforderungen in der Schule diskutiert. Auch die Ausbildung zum Erzieher wurde in Bezug auf den Fachkräftemangel thematisiert. Ein weiterer Schwerpunkt war die zu spät startende Frühförderung, diese müsse bereits vor der Schuleingangsuntersuchung starten.

Frau Wollschläger erläutert, dass auch in diesem Jahr ein Bildungsbericht erstellt und eine Bildungskonferenz durchgeführt wird. Bereits im nächsten Jahr soll das Bildungsportal für Interessierte online einsehbar sein.

Frau Siebke eröffnet nach Abschluss der Präsentation die Fragerunde.

Herr Schwaeger fragt an, wer Kostenträger für die Berufsausbildung zum Erzieher sei, und wo im Landkreis Oder-Spree diese Ausbildungsrichtung angeboten wird.

Frau Wollschläger gibt an, dass dieser Ausbildungsberuf sowohl kostenfrei an den Oberstufenzentren, als auch kostenpflichtig an Privatschulen wie beispielsweise der Korczak-Schule in Fürstenwalde angeboten wird.

Herr Dr. Dietrich erfragt, welche Daten erhoben und gesammelt werden. Weiterhin fragt er an, welche Personen Zugriff auf das geplante Dashboard erhalten, und wer dort Daten einpflegen kann. Frau Wollschläger erläutert, dass in den Ämtern des Landkreises Oder-Spree bereits viele Daten vorhanden seien. Die Unterhaltung des Dashboards erfolgt durch den Bereich der Sozialplanung. Die Daten sind öffentlich für jedermann einsehbar.

Herr Dr. Stiller stellt fest, dass für die Schulentwicklungsplanung Schülerdaten im Schulverwaltungsamt erhoben und ausgewertet werden. Er fragt an, inwiefern diese Arbeit eingespart werden kann, oder ob die Datenerhebungen parallel laufen werden. Des Weiteren fragt er an, wann der Elternführerschein im Landkreis Oder-Spree eingeführt wird.

Frau Wollschläger gibt an, dass die Einführung eines Elternführerscheins in der Bildungskonferenz zwar besprochen wurde, die Entwicklung jedoch nicht in der Hand der Sozialplanung liege.

Die Schulentwicklungsplanung sei eine Pflichtaufgabe des Landkreises, und bleibe auch weiterhin so bestehen. Die bereits in diesem Rahmen erhobenen Daten werden nicht erneut dargestellt, vielmehr wird das Augenmerk auf Bereiche wie die Zahlen der QuereinsteigerInnen, die Umsetzung des Digitalpaktes oder auch die Ausländerquote an den Schulen betrachtet.

Herr Schwaeger fragt an, ob die Attraktivität des Erzieherberufes und der Mangel an Fachpersonal ebenfalls auf der Bildungskonferenz thematisiert wurden. Frau Wollschläger gibt an, dass dieses Thema sowohl in der Konferenz besprochen, als auch in Gremien des Jugendamtes aufgegriffen wird. Die in der Konferenz anwesenden Auszubildenden sprachen an, dass eine Arbeit in Vollzeit oft nicht möglich sei. Weiterhin sei die Arbeit mit den Eltern zunehmend anstrengender.

Herr Umbreit führt aus, dass seiner Erfahrung nach, die meisten ErzieherInnen auf Grund des Personalmangels und hohen Krankenstandes in Vollzeit arbeiten gehen. Er spricht ebenfalls die Problematik des Personalmangels in der Schulsozialarbeit an, und die damit einhergehende steigende Anzahl der gewaltbehafteten Zwischenfälle an den Schulen.

Frau Siebke erläutert, dass eine solide Datengrundlage eine Basis für Handlungen sei. Sie fragt an, wie belastbar die Ergebnisse der Bildungskonferenz seien, und wie diese verwendet werden. Frau Wollschläger erläutert, dass die erhobenen Daten nicht unbedingt mit dem Ersichtlichen im Alltag übereinstimmen. Exceltabellen seien oftmals nicht für alle Personen aussagekräftig und verständlich, sodass die Daten in Form von Fließtexten wiedergegeben werden.

Frau Heinrich gibt an, dass es vorab keine Information zur Durchführung einer Bildungskonferenz und somit die Möglichkeit der Teilnahme gegeben hätte. Sie schlägt vor, nach Veröffentlichung des Bildungsberichtes das Thema erneut aufzugreifen. Frau Wollschläger gibt an, dass sie bereits vor einem Jahr im Ausschuss für Bildung, Kultur und Sport den Bildungsbericht vorgestellt habe. Bereits während der Vorstellung des Bildungsberichtes wurde die Bildungskonferenz angekündigt, ebenfalls seien die Einladungen online öffentlich einsehbar gewesen.

Herr Opitz schlägt vor, die Ausschusssitzungen sporadisch an den Schulen im Landkreis durchzuführen. Frau Siebke bittet darum, die Anfrage im TOP Sonstiges zu besprechen.

Frau Siebke schließt den TOP.

### ***zur Kenntnis genommen***

## **Zu TOP 5      Informationen zur aktuellen Schülerbeförderung im LOS**

Frau Siebke übergibt das Wort an Frau Meyer-Grunewald.

Frau Meyer-Grunewald stellt Herrn Jurrmann, einen Mitarbeiter des Dezernates für Ländliche Entwicklung aus dem Sachbereich des Mobilitätsmanagements mit dem Schwerpunkt des ÖPNV vor, und übergibt das Wort an ihn.

Herr Jurrmann gibt an, dass der ÖPNV vor allem im ländlichen Bereich auf dem Schülerverkehr aufbaue. Er stellt anhand einer Präsentation die aktuelle Lage im ÖPNV vor.

Frau Siebke eröffnet die Fragerunde und übergibt das Wort an Frau Mazur.

Frau Mazur merkt an, dass sich der ÖPNV hauptsächlich auf den Stadtverkehr bezieht. Die im ländlichen Raum lebenden Schülerinnen und Schüler seien stark eingeschränkt, vor allem während der Ferienzeiten. Ebenfalls seien die Abfahrt- und Ankunftszeiten der Busse nicht immer mit den Unterrichtszeiten kompatibel.

Herr Schwaeger fragt an, inwieweit die Einführung der Ganztagschulen in der Planung der Busfahrpläne Berücksichtigung findet.

Herr Opitz erkundigt sich, ob Schülerinnen und Schüler, welche ein Schule innerhalb des Landkreises Oder-Spree besuchen aber in einem anderen Landkreis wohnen, ebenfalls in den Busfahrplänen berücksichtigt werden.

Frau Siebke fragt an, ob das Gespräch mit den Schulen, welche von den zu kurzen Übergangszeiten zwischen Ankunft des Busses und Schulbeginn betroffen sind, gesucht wurde.

Herr Jurrmann erläutert, dass mit dem nächsten Nahverkehrsplan mit einer grundlegenden Veränderung des öffentlichen Nahverkehrs zu rechnen sei. Aus diesem Grund bittet er darum, keine Änderungen an der Zeit des Unterrichtsbeginnes vorzunehmen.

Er spricht sich für eine frühere Öffnung der Schultore aus, sodass die Schülerinnen und Schüler bei verfrühter Ankunft an den Schulen nicht draußen warten müssen.

Weiterhin gibt Herr Jurrmann an, dass keine rechtliche Grundlage für einen Anspruch auf einen Sitzplatz bestehe. Auf Grund des Personalmangels sei es nicht möglich, mehr Busse einzusetzen, jedoch soll dem Problem der Überfüllung der Busse mit dem Einsatz von Gelenkbussen entgegengewirkt werden.

Ein Beförderungsanspruch besteht entsprechend der Satzung ausschließlich auf den Besuch des Unterrichts. Eine Beförderung während der Ferienzeiten zum Hort sei kein Bestandteil dessen. Er geht von weiteren Verbesserungen mit Einführung des nächsten Nahverkehrsplanes aus.

Wenn zwischen der regulären Bushaltestelle und dem Wohnsitz eines Schulkindes kein Fußweg vorhanden ist, besteht die Möglichkeit der Einrichtung einer befristeten Schulbushaltestelle. Diese besteht für den Zeitraum des Schulbesuches, und wird nach Schulabschluss entfernt.

Durch den Busverkehr Oder-Spree erfolgt eine jährliche Abfrage zu möglichen Änderungen der Schulzeiten, wenn nötig werden Fahrplananpassungen veranlasst.

Eine kreisgrenzenübergreifende Beförderung mit dem öffentlichen Nahverkehr findet bereits statt. Aus diesem Grund gäbe es bereits regelmäßige Gespräche mit den umliegenden Landkreisen und Städten.

Herr Dr. Stiller fragt an, ob nicht vorrangig zu einer Änderung des Nahverkehrsplanes eine Anpassung der Schülerbeförderungssatzung stattfinden müsse. Weiterhin erfragt er den Stand der Lösung der in einem Zeitungsartikel der MOZ im Februar benannten Problematik der Linie 433 in Neuendorf.

Herr Jurrmann stellt dar, dass Schülerbeförderungssatzung vorrangig die Erstattung der Schülerbeförderungskosten festlegt, der Nahverkehrsplan hingegen regelt die verkehrlichen Kriterien. Störungen der Linie 433 seien ihm nicht bekannt.

Frau Siebke schließt den TOP.

***zur Kenntnis genommen***

## **Zu TOP 6      Informationen aus der Musikschule LOS**

Frau Siebke übergibt das Wort an Frau Meyer-Grunewald.

Frau Meyer-Grunewald stellt Frau Götze vor, und übergibt ihr das Wort für die Präsentation.

Frau Götze stellt anhand einer Präsentation Informationen und Entwicklungen aus der Musikschule Oder-Spree „Jutta Schlegel“ dar.

Frau Siebke gratuliert der Musikschule Oder-Spree für die errungenen Erfolge, und eröffnet die Fragerunde.

Frau Heinrich merkt an, dass vor allem an den Grundschulen weitere musikalische Ausbildung wünschenswert sei. Viele Kinder hätten nicht die Möglichkeit des Besuches einer privaten Musikschule, während in der staatlichen Musikschule kaum freie Plätze vorhanden seien.

Frau Götze erläutert, dass die Landesförderung „Klasse Musik“ momentan keine weiteren Aufnahmekapazitäten aufweise. Weiterhin sei zusätzlicher Unterricht auf Grund des Personalmangels aktuell schwer realisierbar. Jedoch seien die Standortleitungen gern zu einem persönlichen Gespräch bereit, um mögliche Lösungen zu besprechen.

Herr Dr. Stiller fragt an, was der Kreistag unternehmen kann, um die Musikschule zu unterstützen. Weiterhin erfragt er, inwiefern eine Zusammenarbeit zwischen der Musikschule und dem Kultur- und Sportamt stattfindet, und ob Frau Götze eine Zugehörigkeit der Musikschule eher zum Schulverwaltungsamt oder zum Kultur- und Sportamt sieht.

Frau Götze gibt an, dass Sie auf Grund der pädagogischen Arbeit und der Arbeit an den Schulen klar die Zugehörigkeit zum Schulverwaltungsamt sieht.

Frau Siebke schließt den TOP.

### ***zur Kenntnis genommen***

## **Zu TOP 7      Informationen aus der Volkshochschule LOS**

Frau Siebke übergibt das Wort an Frau Meyer-Grunewald.

Frau Meyer-Grunewald informiert das Gremium über das Tagen des Volkshochschulbeirates, welcher erstmalig seit der Corona-Pandemie in diesem Jahr wieder zusammentraf. Sie übergibt das Wort an Frau Klaust.

Frau Klaust erläutert die grundlegende Strukturierung der Volkshochschule Oder-Spree. Sie stellt dar, dass die Kernaufgabe der Volkshochschule die Durchführung förderfähiger Kurse gemäß des Landesweiterbildungsgesetzes im Rahmen der Grundversorgung sei. Hierbei werden im gesamten Landkreis Kurse im Bereich der Gesellschaft, Kultur, Gesundheit, Sprache, Informatik und Arbeitswelt angeboten.

Ein weiteres Tätigkeitsfeld sei die Durchführung von Projekten. Hierbei werden Kurse, wie beispielsweise Migrationskurse und die Grundbildung, im Auftrag externer Auftraggeber durchgeführt.

Frau Klaust stellt dar, dass die Volkshochschule in ihrer Funktion als Prüfungszentrum sowohl Prüfungen im Sprachbereich, als auch Einbürgerungstest abnehme.

Die Finanzierung erfolgt jeweils zu einem Drittel vom Land, dem Landkreis Oder-Spree und dem Teilnehmenden. Der durch den Landkreis Oder-Spree zu finanzierende Anteil verringere sich jedoch durch die Durchführung der Projekte.

Vor der Corona-Pandemie absolvierte die Volkshochschule landkreisweit ca. 500 Kurse mit 3.000 Teilnehmenden in 10.000 Unterrichtseinheiten pro Jahr. Diese Zahlen gingen im Laufe der Corona-Pandemie stark zurück. Im Jahr 2022 konnten erneut 9.000 Unterrichtseinheiten durchgeführt werden.

Frau Klaust stellt die Schwierigkeiten für die Realisierung des Unterrichtes während der Corona-Pandemie dar. So fanden bei der Planung und Durchführung der jeweiligen Kurse in den Schulgebäuden zwei verschiedene Eindämmungsverordnungen Anwendung - die Eindämmungsverordnung für allgemeinbildende Schulen und die Eindämmungsverordnung der Erwachsenenbildung.

Die Kurse wurden, wenn möglich, aufgeteilt oder im Onlineunterricht unterrichtet um Ausfälle zu vermeiden. In Zukunft sei die Nutzung von Hybridunterricht geplant.

Die Volkshochschule Oder-Spree sei ab diesem Jahr an das Netz des Landkreises Oder-Spree angeschlossen. Eine Überarbeitung der Homepage sei ebenfalls geplant.

In Angesicht des Russland-Ukraine-Konfliktes sei die Anzahl der Kursteilnehmer der Migrations- und Deutschkurse erneut angestiegen. Hier bestehe eine enge Zusammenarbeit mit den freien Trägern.

Ein großes Projekt sei ebenfalls die Grundbildung. Hier haben Bürgerinnen und Bürger die Möglichkeit, grundlegende Kenntnisse unter anderem im Lesen und Schreiben, Mathematik, Informatik oder auch Fremdsprachen zu erwerben.

Weiterhin sei die Errichtung eines Grundbildungszentrums geplant, hierfür wurde für dieses Jahr ein Förderantrag gestellt, wobei eine hundertprozentige Förderung durch das Land in Betracht komme.

Frau Siebke eröffnet die Fragerunde und übergibt das Wort an Frau Winkmann.

Frau Winkmann fragt an, inwiefern eine Arbeit vor Ort in den Kommunen mit den Seniorenbeiräten stattfindet, und wie diese integriert beziehungsweise in Projekten berücksichtigt seien.

Frau Klaust gibt an, dass die Volkshochschule überall dort, wo Nachfrage und Räumlichkeiten vorhanden seien Kurse anbiete. Eine Seniorenakademie in Zusammenarbeit mit den Seniorenbeiräten habe in der Vergangenheit existiert, wäre bei Nachfrage jedoch wieder einrichtbar.

Frau Siebke dankt Frau Klaust für Ihre Ausführungen und schließt den TOP.

### ***zur Kenntnis genommen***

## **Zu TOP 8 Fortführung Diskussion der letzten Ausschusssitzung zum Schulkostenbeitrag**

Frau Siebke übergibt das Wort an Frau Meyer-Grunewald.

Frau Meyer-Grunewald erläutert kurz die Zusammensetzung der korrigierten Endsumme der übersandten Schulkostenbeitragsberechnungen.

Frau Siebke eröffnet die Diskussionsrunde.

Herr Dr. Stiller gibt an, dass die Kosten für Möbelausstattungen seiner Meinung nach nicht in Höhe der Erstausrüstung, sondern abschreibungsbezogen angegeben werden sollten.

Frau Meyer-Grunewald gibt an, in ihrem Vortrag eine Gegenüberstellung der Einnahmen und Ausgaben, sowie einige Berechnungsbeispiele von Schulkostenbeiträgen verschiedener Schulen zu präsentieren.

Sie macht anhand einer Präsentation Ausführungen zum Thema der Schulkostenbeiträge. Die Unterlagen werden dem Gremium zur Verfügung gestellt.

Herr Opitz fragt an, inwiefern sich die Qualität der Turnhallen auf die Berechnung der Nutzungsgebühren auswirke.

Frau Meyer-Grunewald gibt an, dass bei angemieteten Turnhallen die Kosten der Einmietung in der Schulkostenberechnung umgelegt werden. Bei kreiseigenen Turnhallen sei die Höhe der Abschreibungen Grundlage der Berechnungen. Zur Berechnung der Nutzungsgebühren der Turnhallen gäbe es Mietverträge zwischen den Städten und dem Landkreis, welche die Konditionen bestimmen. Hierbei habe die Qualität der Turnhallen keinen Einfluss.

Herr Gebauer stellt fest, dass die Schulkosten in den Berechnungsbeispielen trotz ähnlicher Schülerzahlen teilweise große Differenzen aufweisen. Er bittet um Erläuterung.

Frau Meyer-Grunewald erklärt, dass bei neueren Schulen höhere Kosten umgelegt werden können. Bereits länger bestehende Schulen haben geringere Abschreibungskosten.

Herr Opitz bittet um eine genaue Auflistung der Unterrichtsstunden und Kosten, welche in den Turnhallen und der Schwimmhalle in Eisenhüttenstadt pro Schule geleistet würden.

Frau Winkmann bittet um eine schulübergreifende Darstellung der Entwicklung der Schulkostenbeiträge in den letzten Jahren.

Frau Meyer-Grunewald gibt an, dem Ausschuss entsprechende Informationen mit dem Protokoll zukommen zu lassen.

Frau Siebke schließt den TOP.

### ***zur Kenntnis genommen***

## **Zu TOP 9      Sonstiges**

Frau Siebke erläutert die durch die Gesamtschule 3 in Eisenhüttenstadt benannte Problematik der voraussichtlich kostenpflichtigen Lehrerparkplätze an der Schule. Diese Diskussion kam in den Bauplanungsgesprächen auf. Sie fragt an, ob eine allgemeingültige Regelung für die Schulen in Trägerschaft des Landkreises Oder-Spree denkbar sei.

Frau Zarling gibt an, dass auf öffentlichen Parkplätzen das Parken kostenfrei möglich sei. Bei personenbezogenen Parkplätzen sei eine Umsatzsteuer zu erheben. Daher müsse eine einheitliche Regelung der Parkplatzsituation geplant werden.

Weiterhin fragt Frau Siebke nach dem Stand der Einführung eines Koordinators für die Schulbauten. Dies wurde bereits im Kreistag beschlossen.

Frau Zarling gibt an, dass die Stelle im Dezernat III angesiedelt ist. Sie hat keine Kenntnis darüber, ob die Stelle mittlerweile besetzt ist. Mit dem Protokoll soll das Gremium eine Information des Sachstandes erhalten.

Nach Rücksprache mit dem zuständigen Fachbereich, ist die Stelle des Projektentwicklers seit dem 01.01.2023 im Amt 65 besetzt.

Herr Opitz fragte an, ob Ausschusssitzungen erneut sporadisch an den Schulen durchgeführt werden könnten, um einen besseren Überblick über die Situation an den Schulen zu erhalten. Frau Siebke erläutert, dass auf Grund der Corona-Pandemie in den vergangenen Jahren keine Ausschusssitzungen an den Schulen möglich waren.

Weiterhin weist sie darauf hin, dass das Gremium in der Hälfte der Ausschusssitzungen an den Schulen nicht beschlussfähig war. Dies sei, den zum Teil sehr langen Anfahrtszeiten geschuldet.

Frau Heinrich weist darauf hin, dass die technischen Voraussetzungen, welche für die Ausschusssitzung nötig seien, nicht an allen Schulen vorhanden sind. Sie schlägt vor, mit den Ausschussmitgliedern eine gesonderte Fahrt zur Besichtigung der Schulen durchzuführen.

Frau Zarling gibt zu bedenken, dass bei abendlichen Sitzungen an den Schulen immer zusätzliches Personal zum Auf- und Abschließen der Schule nötig sei. Sie verweist ebenfalls auf die zum Teil fehlenden technischen Voraussetzungen.

Frau Siebke schlägt vor, wenn erforderlich, in Brennpunktsituationen die Ausschusssitzung an die jeweils betroffene Schule zu verlegen. Das Gremium stimmt dem zu.

Frau Siebke schließt den TOP.

***zur Kenntnis genommen***

Ingrid Siebke

Cassandra Knappe

Vorsitzende des Ausschusses  
für Bildung, Kultur und Sport

Schriftführerin